

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

Niederschrift

Europaausschuss

16. WP - 37. Sitzung

am Mittwoch, dem 19. September 2007, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Hartmut Hamerich (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Hans Müller (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Sichere Energieversorgung	5
a) Bedeutung der erneuerbaren Energien für Schleswig-Holstein vor dem Hintergrund des von der EU verabschiedeten Energiepakets	
Berichtersteller: St Ernst-Wilhelm Rabius, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	
b) „Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates vom 8. und 9. März 2007 in Bezug auf die Entwicklung einer europäischen Klima- und Energiepolitik“ „Europäischer Aktionsplan Energiepolitik 2007 bis 2009“	
Berichtersteller: St Jost de Jager, Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	
2. Anhörung zur Nordseekooperation	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1125	
3. Vertretung des Landtages in verschiedenen internationalen Organisationen	13
Berichtersteller: Martin Kayenburg, Landtagspräsident	
4. Verschiedenes	14
Verfahrensvorschlag zur Beteiligung am AdR-Netzwerk Subsidiaritätskontrolle (Themenbereich „Öffentliche Gesundheit“) - hier: Festlegung der Anzuhörenden	

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Sichere Energieversorgung

a) Bedeutung der erneuerbaren Energien für Schleswig-Holstein vor dem Hintergrund des von der EU verabschiedeten Energiepakets

Berichtersteller: St Ernst-Wilhelm Rabijs, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

St Rabijs führt aus, die EU habe im Januar 2007 ihr umfassendstes Energiepaket vorgelegt. Es solle damit eine hohe Energieeffizienz und eine Verringerung der CO₂-Emissionen erreicht werden. Im Bereich der erneuerbaren Energien habe die Europäische Kommission die Roadmap „Erneuerbare Energien“ vorgestellt, deren wesentliche Punkte die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtenergiemix in Europa von unter 7 % auf mehr als 20 % bis zum Jahr 2020 und die Erhöhung des Anteils der Biokraftstoffe auf 10 % bis 2020 seien. Zudem solle jeder Mitgliedsstaat selbst über die Art der erneuerbaren Energien, die in seinem Energiemix vorhanden sein sollten, selbst entscheiden.

Für Schleswig-Holstein müsse zunächst der Unterschied zwischen Primärenergieverbrauch und Endenergieverbrauch verdeutlicht werden. Die Differenz zwischen beiden Zahlen ergebe sich durch zum Teil erhebliche Verluste, zum Beispiel Wärmeverluste bei Kraftwerken. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch sei in Schleswig-Holstein zwischen 1990 und 2004 von 0,8 % auf 3,7 % gestiegen. Der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch in Schleswig-Holstein habe 2004 4,3 Terawatt-Stunden betragen, das seien rechnerisch 33 % und damit ein deutlich höherer Anteil. Mit dieser beträchtlichen Größe stehe man bundesweit sehr weit oben, so könnten rechnerisch 5 Millionen t CO₂ vermieden werden.

Die wichtigste erneuerbare Energie in Schleswig-Holstein sei die Windenergie, der Bereich, in dem Schleswig-Holstein in Europa Spitzenreiter sei. Von den genannten 4,3 Terawatt-Stunden erneuerbaren Energien stammten 4 Terawatt-Stunden aus Windenergie. Bis 2020 solle die Windenergie soweit ausgebaut werden, dass über 100 % des Stromverbrauchs aus dieser Energieform gedeckt werden könne. Voraussetzung dafür sei die Realisierung der schon geplanten Offshore-Windkraftanlagen.

Auch bei der Biomasse habe es in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren einen deutlichen Boom gegeben. Die Zahl der Biogasanlagen sei in Schleswig-Holstein von 1990 bis 2007 von einer auf 140 Anlagen angewachsen. Für die Biogasanlagen würden circa 20.000 ha Mais in Schleswig-Holstein angebaut. Zur Biomasse gehöre auch Rapsmethylester (RME), für dessen Erzeugung über 40.000 ha Winterraps angebaut würden. Insgesamt würden circa 20 % der Agrarfläche Schleswig-Holsteins für den Anbau von Energierohstoffen genutzt. Sonstige erneuerbare Energien spielten in Schleswig-Holstein eine untergeordnete Rolle.

Man hoffe, bald eine erste große Produktionsanlage für Diesel der zweiten Generation, sogenannten Biomass-to-Liquid-Kraftstoff (BtL-Kraftstoff), nach Schleswig-Holstein holen zu können. Für die Gewinnung von BtL-Kraftstoffen könnten verschiedene Zellulosearten verwendet werden, was den Anwendungsbereich vergrößere.

Auf eine Frage von Abg. Fischer zur EU-Finanzierung von Projekten führt St Rabijs aus, es handele sich dabei nicht um reine EU-Finanzierung, sondern um EU-Kofinanzierung.

Abg. Ritzek interessiert, wie die vom Staatssekretär angesprochene Deckung des Energieverbrauchs von über 100 % zustande kommen könne. - St Rabijs erläutert, dass hier der Unterschied zwischen produziertem Strom und von Endabnehmern genutztem Strom eine Rolle spiele. Hinzu komme, dass die Erzeugung von Energie aus Windkraft nicht in der Lage sei, die Grundlast zu decken, wenn der Wind nur schwach wehe.

St de Jager ergänzt, Schleswig-Holstein sei ein klassisches Energieexportland. In Schleswig-Holstein werde zweieinhalb Mal so viel Energie erzeugt wie verbraucht werde. Dennoch müssten nach wie vor auch konventionelle Kraftwerke vorgehalten werden. Momentan gebe es 60.000 MW Erneuerungsbedarf, der vom Ausbau von Windkraftanlagen unberührt bleibe.

Auf eine weitere Nachfrage von Abg. Ritzek zur Wahrscheinlichkeit des Ausbaus von Offshore-Windkraftanlagen führt St de Jager aus, der Ausbau sei nur zu realisieren, wenn die Vergütung von momentan 9,1 ct angehoben werde. Die bisher genehmigten sechs Windparks vor der schleswig-holsteinischen Küste würden nicht realisiert, weil diese sich bei dieser Vergütung nicht rechneten. Da der Ausbau der Windenergie politisch wünschenswert sei, müsse dort ordnungspolitisch möglicherweise eingegriffen werden. Man bereite einen Vorschlag vor, eine Erhöhung der Vergütung auf 12 ct durchzuführen.

Als einen weiteren wichtigen Punkt beim Ausbau von Offshore-Windkraftanlage nennt er den Ausbau der Netzanbindung. Das vor Ort bestehende Netz müsse ausgebaut werden, um die Effizienz der Ableitung des Stroms zu verbessern. Es gebe bereits Gespräche mit Netz-

betreiben. Im Hinblick auf den internationalen Markt von Offshore-Windkraftanlagen erläutert St de Jager, in diesem Bereich verdürben Großbritannien und Frankreich durch ein anders strukturiertes Vergütungssystem die Preise.

Auf eine Frage des Abg. Ritzek zur Förderung durch Mittel der Europäischen Union führt St de Jager aus, in der Periode von 2001 bis 2006 seien in Schleswig-Holstein 34 Biogasanlagen aus EU- und Landesmitteln mit insgesamt 13 Millionen € gefördert worden. Im Zeitraum von 2007 bis 2013 sei geplant, unter anderem aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft 16 Millionen € in Biogasanlagen zu investieren.

St Rabiüs erläutert auf eine weitere Nachfrage des Abg. Ritzek, dass es sehr schwer einzuschätzen sei, wie groß die Gesamtfläche sei, die in Schleswig-Holstein zur Erzeugung bioenergetischer Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden könne. In diesem Bereich habe auch die Landesregierung keine Steuerungsmöglichkeiten. Momentan gehe man davon aus, dass circa 20 % der landwirtschaftlichen Fläche Schleswig-Holsteins zum Anbau von Biorohstoffen genutzt werde. Für Unsicherheit Sorge dabei die Tatsache, dass die Erzeugung von Biorohstoffen in Konkurrenz zu anderen Produkten stehe. So sei zum Beispiel der Preis für Weizen explodiert, was dazu führen könne, dass Weizenanbau eine ökonomisch sinnvollere Alternative sei. Letztlich werde der Markt entscheiden, welches Produkt beim Anbau größere Chancen habe.

**b) „Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates vom 8. und 9. März 2007 in Bezug auf die Entwicklung einer europäischen Klima- und Energiepolitik“
„Europäischer Aktionsplan Energiepolitik 2007 bis 2009“**

Berichterstatter: St Jost de Jager, Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

St de Jager führt zu den Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates aus, Eckpunkte des Energiepakets seien der Klimaschutz, eine Verstärkung des Wettbewerbs im Strombereich und die Herstellung eines Energiebinnenmarktes. Wesentliches Ziel sei die Formel drei mal zwanzig. Dabei solle der Gesamtenergieverbrauch bis 2020 um 20 % reduziert werden, der Anteil der erneuerbaren Energien solle bis 2020 auf 20 % erhöht und die CO₂-Emissionen um 20 % gesenkt werden. Diese Zielsetzung sei ausgesprochen ehrgeizig. Zur Umsetzung dieses Ziels werde die EU 75 Einzelmaßnahmen unter anderem zur Energieeffizienzsteigerung auf den Weg zu bringen. Hier liege der Schwerpunkt auf Energieeinsparungen im Strom- und Wärmebereich. Darüber hinaus wolle die EU mit eigenem Geld die

Forschung im Energiebereich unterstützen. Dabei gehe es auch um die Sequestrierung von CO₂, einem Projekt, bei dem sich auch Schleswig-Holstein beteilige.

Ein weiterer Schwerpunkt der Aktivitäten der EU liege auf der Liberalisierung des Energiemarktes. Dabei stehe die eigentumsrechtliche Entflechtung von Erzeugung und Netzbetrieb im Mittelpunkt. Darüber hinaus solle es bis Ende 2007 eine neue Richtlinie zu erneuerbaren Energien geben und ein europaweites Emissionshandelsgesetz vorgeschlagen werden.

Die Landesregierung bewerte die Vorstellungen und Vorschläge des Europäischen Rates grundsätzlich positiv und werde sich konstruktiv an der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen beteiligen. Es gebe jedoch Bereiche, die innenpolitisch noch nicht komplett geklärt seien, wie zum Beispiel die eigentumsrechtliche Entflechtung von Stromerzeugung und Netzbetrieb. Im Bereich der erneuerbaren Energien befinde sich Schleswig-Holstein auf einem Weg, der konform mit den Vorschlägen der Europäischen Union sei. Da die Länder bei der Umsetzung der Beschlüsse des Europäischen Rates eine sehr große Rolle spielten, weil sie wichtige Akteure in der Energiepolitik seien, müsse auch eine Einigung mit den anderen Ländern und auf Bundesebene erzielt werden. Dabei gehe es auch um die Umsetzung der Beschlüsse des Bundeskabinetts vom 23. August 2007 in Meseberg. Diese Beschlüsse seien noch ambitionierter als die Beschlüsse des Europäischen Rates. Für die Bundesregierung von besonderer Bedeutung sei der Ausbau der erneuerbaren Energien auf 25 bis 30 % des Verbrauchs bis zum Jahr 2020. Auch die Steigerung der Energieeffizienz solle durch Kraftwärmekopplung und Gebäudesanierung erreicht werden. Die Forschungsmittel für Klimaschutz sollten zudem deutlich erhöht werden.

Die Wirtschaftsministerkonferenz habe sich ebenfalls mit dem Thema befasst und betont, dass sich eine Gelegenheit biete, auf dem Gebiet des Klimaschutzes eine technologische Führungsposition anzustreben.

Als angestrebte Einzelmaßnahmen nennt St de Jager neben den Offshore-Windkraftanlagen auch den Bereich des Repowering, eine Erhöhung der Vergütung der Stromerzeug im Offshore-Bereich und einen Verzicht auf die geplante Degression von 2 % bis zum Jahr 2016. Im Bereich des Repowering gebe es auch noch landespolitischen Regelungsbedarf, zum Beispiel bei der bisher strikt gefassten Abstandsregelung von Windkraftanlagen, die flexibilisiert werden solle. Auch eine Flexibilisierung der Nutzung der Vorrangflächen werde erwogen.

Es sei vorstellbar, auch außerhalb der für Windenergie vorgesehenen Flächen Windkraftanlagen aufzustellen, wenn insgesamt nicht mehr als 1 % der Landesfläche für Windenergie genutzt werde. Die Landesregierung sei bemüht, Schleswig-Holstein als Musterregion in einem

europäischen Zusammenhang zu positionieren. Ein erster Erfolg sei die Gründung eines regionalen Netzwerks für erneuerbare Energien (RENREN) durch sechs Regionen. Daran nähmen Schleswig-Holstein, Oberösterreich, Island, Wales, Zypern und Nordschweden teil. Das Hanseoffice sei der Ort der Unterzeichnung der Verträge gewesen. Es seien Folgetreffen, zum Beispiel im März nächsten Jahres in Husum, geplant. Insgesamt seien die Ziele sehr ehrgeizig, das Land bemühe sich aber, sie möglichst zügig umzusetzen.

Auf eine Nachfrage von Abg. Fischer zur Bedeutung und Zukunft von Methanhydraten führt St de Jager aus, Schleswig-Holstein nehme besonders durch die Forschung des IFM-GEOMAR auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle ein. Es gehe darum zu untersuchen, ob Möglichkeiten bestünden, im Permafrost-Bereich am Meeresboden lagernde Gashydrate abzubauen und entstehende Hohlräume mit CO₂ aufzufüllen. Das Verfahren sei technisch aber sehr aufwendig. Seiner Einschätzung nach sei das Verfahren erst 2020 wirtschaftlich nutzbar. Vor dieser Nutzung müssten zunächst auch ökologische Risiken abgewogen werden. Darüber hinaus müsse auch abgewogen werden, ob auch die Erwärmung auf den Meeresspiegel Auswirkungen auf Gashydratvorkommen und später mögliche CO₂-Lagerstätten haben könne.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Anhörung zur Nordseekooperation

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1125

(überwiesen am 15. Dezember 2006 an den **Europaausschuss**, Wirtschaftsausschuss und Umwelt- und Agrarausschuss)

Anzuhörende:

- Dr. Jens Haass, Leiter der Abteilung Wirtschaftsförderung, Mittelstand und Tourismus im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
- Dr. Claus-Friedrich Laaser, Institut für Weltwirtschaft
- Frank Nickelsen, Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV)
- Prof. Dr. Peter Herzig, Direktor des Leibniz-Instituts für Meereswissenschaften (IFM-GEOMAR)
- Dr. Bernd Scherer, Leiter des Referats Meeresschutz und Nationalpark im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Der Leiter der Abteilung Wirtschaftsförderung, Mittelstand und Tourismus, im **Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, AL Dr. Haass**, verweist in seinen Ausführungen auf den Bericht der Landesregierung. Besonders betont er die Bedeutung des Nordseeraumes für die Wirtschaft Schleswig-Holsteins, ein Drittel des Exports aus Schleswig-Holstein gehe in den Nordseeraum.

Ein weiterer Punkt, der auch im Bericht angesprochen werde, beziehe sich Rolle, die die Landesregierung spielen könne, um schleswig-holsteinische Unternehmen zu unterstützen. Eine Türöffnerfunktion der Landesregierung sei im Bereich der Nordsee weniger wichtig als zum Beispiel auf schwierigeren Märkten wie China oder Russland. Wichtig sei die Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen und auch die Messförderung. Unterstützung gebe es hier unter anderem durch die WTSH und durch Bundesorgane. Die Unterstützung der schleswig-holsteinischen Landesregierung bestehe auch darin, die Werbeaktivitäten der Unternehmen zu begleiten und auf Messen Präsenz zu zeigen.

Der dritte Bereich behandle die Frage, wie die Akteure im Nordseebereich kooperierten. Hier stelle sich die Frage, welche gleichgerichteten Interessen es zwischen Schleswig-Holstein und anderen Nordseeanrainern außerhalb des Bereichs des Tourismus gebe. Im Bereich des Tourismus sei der Nordsee-Radwanderweg ein gutes Beispiel für gelungene Kooperation. Insgesamt sei der Bedarf für eine Kooperation im Nordseeraum nicht mit dem in der Ostsee zu vergleichen. Auf eine Anmerkung des Abg. Harms führt AL Dr. Haass aus, dass eine Kooperation im Bereich des Tourismus nur dann Sinn mache, wenn Netzwerke entstünden, von denen alle profitierten. Es gäbe jedoch auch die Situation, dass die Nordseeanrainer zueinander in Konkurrenz stünden. Dann mache Kooperation wenig Sinn. In diesen Fällen ziele die Aktivität der Landesregierung darauf, Schleswig-Holstein wettbewerbsfähig zu machen.

Auf eine weitere Anmerkung des Abg. Harms zum Thema Windkraftanlagen betont AL Dr. Haass, der Markt für diese Anlagen sei globalisiert. Die Landesregierung sehe keinen Vorteil in der geografischen Nähe zu anderen Nordseeanrainerstaaten, eine Unterstützung von Kooperationen durch Projekte staatlicher Behörden sei nicht angedacht.

Abg. Ritzek weist darauf hin, dass die Anhörung durchgeführt werde, um Kooperationspotenziale zu erkennen. Diese sehe er durchaus, zum Beispiel auch im Bereich der Meerespolitik und des Klimaschutzes. – AL Dr. Haass pflichtet ihm bei, dass die Forschung -insbesondere die Meeresforschung- ein wichtiger Bereich sei, in dem gemeinsame Aktivitäten im Nordseeraum sinnvoll seien. In diesem Zusammenhang weist er auf das Projekt ProBioEnergy hin, das gemeinsam mit Dänemark, Norwegen, Schweden und Großbritannien durchgeführt werde. Auf eine Nachfrage des Abg. Fischer führt AL Dr. Haass aus, die Windenergie sei ein Ansatz für zusätzliche Kooperationsaktivitäten, eine Zusammenarbeit auf Unternehmensebene, die von der Landesregierung unterstützt werde, sei aber noch nicht entwickelt.

Herr Dr. Laaser vom Institut für Weltwirtschaft trägt die Schwerpunkte der Stellungnahme des Instituts für Weltwirtschaft (Umdruck 16/2138) vor. Auf eine Frage des Abg. Fischer zur Entwicklung eines Labels für Schleswig-Holstein als Brückenland zwischen Nord- und Ostsee beziehungsweise zur stärkeren Betonung des Nordseeraums führt Herr Dr. Laaser aus, er halte alles für eine gute Idee, was die reine Fokussierung auf den Ostseeraum verringere. Die Ostseeanrainerstaaten seien im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sehr unterschiedlich, schon deshalb sei es schwierig, den Ostseeraum als einheitliche Region zu betrachten.

Auf eine Nachfrage des Abg. Ritzek zum Rückgang des Exports in EU-Nachbarländer führt Dr. Laaser aus, dass man außereuropäische Länder nicht aus den Augen verlieren dürfte. Ein gewisser Rückgang sei auch durch den Weggang von Motorola aus Flensburg zu erwarten,

man müsse sich aber stark auf die Regionen konzentrieren, in denen kaufkräftige Nachfrage bestehe.

Als Hinweis auf eine Frage des Abg. Harms, in welchem Wirtschaftsbereich sich ein Engagement besonders lohne, weist Herr Dr. Laaser drauf hin, dass es eine Konkurrenzsituation zwischen den verschiedenen Nord- und Ostseehäfen gebe, dass eine Vernetzung dieser Häfen aber für Schleswig-Holstein ein Vorteil sein könne. In diesem Zusammenhang führt er auch aus, dass Tourismus ein Bereich sei, indem deutlich weniger verdient werde als in unternehmensnahen Dienstleistungen. Eine Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrsinfrastruktur sei aber weiterhin ein wichtiger Punkt, weil Schleswig-Holstein als Land zwischen den Meeren eine Drehscheibenfunktion übernehmen könne.

Herr Nickelsen, Förderalistische Union Europäischer Volkesgruppen, weist auf die Aktivitäten im Zusammenhang mit der Ostseekooperation und die dazu durchgeführte Anhörung hin. Schon damals seien auch Vertreter von kleinen Volksgruppen zu den Gesprächen eingeladen worden. Von ihnen sei darauf hingewiesen worden, dass man diese Veranstaltungen häufiger durchführen müsse, um eine Nachhaltigkeit zu erreichen. Herr Nickelsen unterstreicht zudem die Bedeutung von regionalen und bilateralen Projekten für den Sektor Minderheiten. Bei der Durchführung von Projekten achte man auf Nachhaltigkeit. Als konkrete Projektidee stellt Herr Nickelsen vor, im nächsten Jahr in Ungarn eine große FUEV-Konferenz zum Thema Medien durchzuführen. Ziel des im Mai stattfindenden Kongresses sei auch die Erstellung eines Thesenpapiers, das gemeinsam mit den Minderheiten implementiert werden solle.

Herr Nickelsen sagt auf Anregung des Abg. Harms zu, dem Ausschuss ein Schreiben mit den konkreten Planungen zukommen zu lassen (siehe Umdruck 16/2622).

Auf eine Nachfrage des Abg. Fischer führt Herr Nickelsen aus, man sei sehr daran interessiert, auch Experten von anderen Universitäten, zum Beispiel von der Universität Leeuwarden zur Konferenz einzuladen. Dies befinde sich in der Planung.

Herr Dr. Herzig, Direktor des Leibnitz-Instituts für Meereswissenschaften, trägt auf der Grundlage eines Power-Point-Vortrages (Anlage 1 zu dieser Niederschrift) vor.

Abg. Ritzek fragte nach den zeitlichen Abläufen. Herr Dr. Herzig antwortete, man rechne damit, dass im Rahmen des Konsultationsprozesses zum Grünbuch Europäische Meerespolitik und der Veröffentlichung des Aktionsplans eine Entscheidung bezüglich der weiteren Entwicklung gefällt werde.

Herr Dr. Herzig führt auf eine Frage der Vorsitzenden aus, dass natürlich eine gewisse Eigenleistung notwendig sei, um Mittel der Europäischen Institutionen ein zu werben. Vom Bundesverkehrsminister gebe es dahingehend ein konkretes Angebot der Teilfinanzierung. Die Europäische Union – so die Hoffnung – solle dann ein Startup Funding von 10 bis 15 Millionen € zum Aufbau des Koordinationszentrums zur Verfügung stellen und dies auch weiter unterstützen. Auch das siebte Forschungsrahmenprogramm spiele eine große Rolle, für das man auch die Europaabteilung des IFM-GEOMAR deutlich verstärkt habe. Erfreulich sei in diesem Zusammenhang gewesen, dass der Kommissionspräsident Barroso bei der Eröffnung der Europäischen Meereskonferenz in Bremen vor einigen Wochen Gashydrate explizit erwähnt habe. Dies könne auch positive Auswirkungen auf die Förderung aus Brüssel haben. Auf eine Nachfrage des Abg. Dr. Klug zu nationalen und internationalen Konkurrenten im Bereich der Gashydratforschung betont Herr Dr. Herzig den Vorsprung Kiels durch langjährige Forschung. Dennoch gebe es Konkurrenz aus Indien, Südkorea und Japan, die jeweils eigene Forschungsprogramme dazu durchführten. Mögliche Kooperationen müssten vorsichtig angegangen werden, weil die Gefahr der Produktpiraterie durchaus bestehe.

Abg. Müller möchte wissen, in welchem Zeitraum man damit rechnen könne, dass die Technologie so ausgereift sei, dass sie zum Einsatz kommen könne. – Herr Prof. Dr. Herzig legt dar, dass zunächst noch mehr Forschung zur Methangewinnung und CO₂-Deponierung durchgeführt werden müsse, um dieses zu optimieren. Man gehe von einer Forschungsdauer von 3 bis 5 Jahren aus. Danach müssten Offshore-Feldtests erfolgen.

Anknüpfend an eine Frage von Abg. Harms führt er weiter aus, man arbeite mit großen Energieversorgungsunternehmen wie RWE und Wintershall zusammen. Darüber hinaus gebe es Kooperationen unter anderem mit Raytheon Marine Kiel oder mit den Firmen Gabler oder ELAC Nautik. Ebenfalls vertreten sei die Firma Lindenau, deren Doppelhüllentanker sich zum Transport von Gashydratpellets eigneten. Man habe diese Transportart entwickelt, da eine Verflüssigung des Methans auf See bei bestimmten Fördergebieten nicht in Frage komme.

Als letzter Anzuhörender informiert **AL Dr. Scherer, Leiter des Referats Meeresschutz und Nationalpark im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume**, über die trilaterale Zusammenarbeit und das WaddenSea-Forum. Unter anderem macht er darauf aufmerksam, dass es die in der Wirtschaft vorhandene Kooperation in der Nordsee in ähnlicher Form auch im Bereich des Umweltschutzes gebe. Im Übrigen stellt er die in Anhang 2 wiedergegebene Präsentation vor.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Vertretung des Landtages in verschiedenen internationalen Organisationen

Berichterstatter: Martin Kayenburg, Landtagspräsident

LP Kayenburg verweist in seinen Ausführungen auf sein Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden und die parlamentarischen Geschäftsführer sowie die Vorsitzende des Europaausschusses zum Thema der Mitwirkung des Landtages in Gremien der Ostsee- und Nordseekooperationen vom 18. September 2007. Die Fraktionen wurden aufgefordert, zeitnah Vertreterinnen und Vertreter für die entsprechenden Organisationen zu benennen, sofern dies noch nicht geschehen sei.

Abg. Fischer regt an, die Themen auch im Europaausschuss zu besprechen, da nicht alle der benannten Vertreterinnen und Vertreter diesem auch angehörten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Verfahrensvorschlag zur Beteiligung am AdR-Netzwerk Subsidiaritätskontrolle (Themenbereich „Öffentliche Gesundheit“)
- hier: Festlegung der Anzuhörenden

Abg. Höfs informiert über den Stand der Beteiligung am AdR-Netzwerk Subsidiaritätskontrolle. Der Ausschuss kommt überein, zu gegebener Zeit Anzuhörende für die Anhörung zum Themenbereich öffentliche Gesundheit zu benennen.

Sie weist auf die geplante Task-Force Meerespolitik hin, die auch der Landtagspräsident bereits in einem Schreiben an die Fraktionen erwähnt habe. Einzelheiten sollen zwischen den Fraktionen abgesprochen werden.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 12:30 Uhr.

gez. Astrid Höfs
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin





Maritimer Koordinator

- Projektentwicklung an Schnittstelle Wissenschaft u. Wirtschaft
- Beförderung innovativer Entwicklungen d. Grundlagenforschung
- Nutzung nationaler u. internationaler Wissenschaftskontakte

Türöffner, Moderator, Initiator, Kümmerer, Scout

Geschäftsstelle mit 0.5 Mitarbeiterstelle



Landesregierung
Schleswig-Holstein



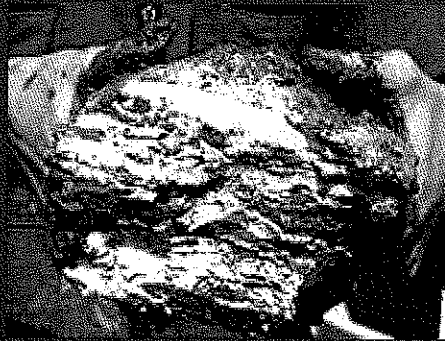


**Beispielhafte Projektentwicklungen
aus der Grundlagenforschung
in die Wirtschaft**

- Gashydrat-Technologien
- Marine Wirkstoffforschung
- Marine Aquakultur
- Ozean-Monitoring-System

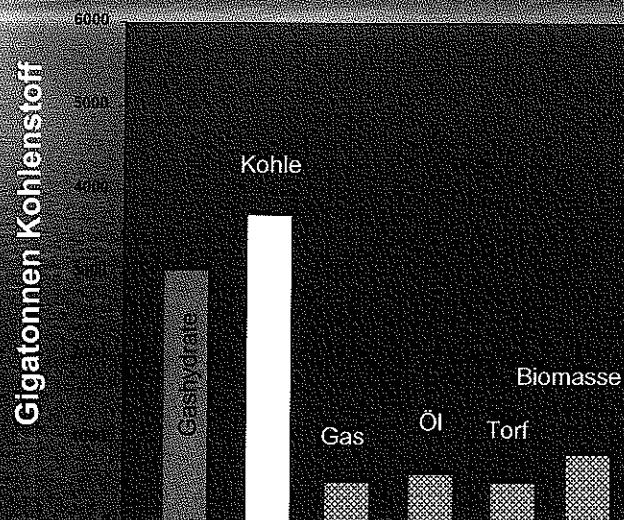
Gas- bzw. Methanhydrate

Auftreten an den Kontinentalrändern fast aller Ozeane ab etwa 400 m Wassertiefe (2°C)



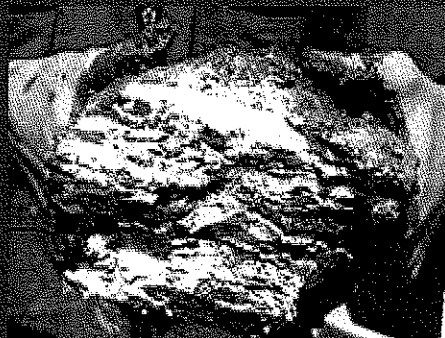
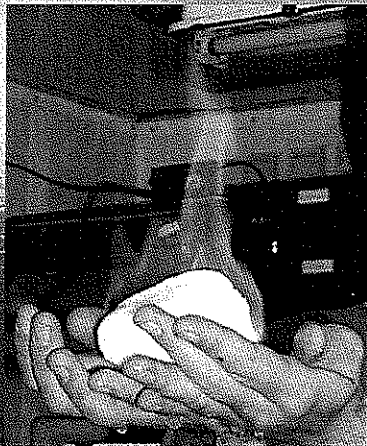
Methan + Wasser in gefrorener Form; 1 cm³ Gashydrat = 164 cm³ Methan

Marine Gashydrate

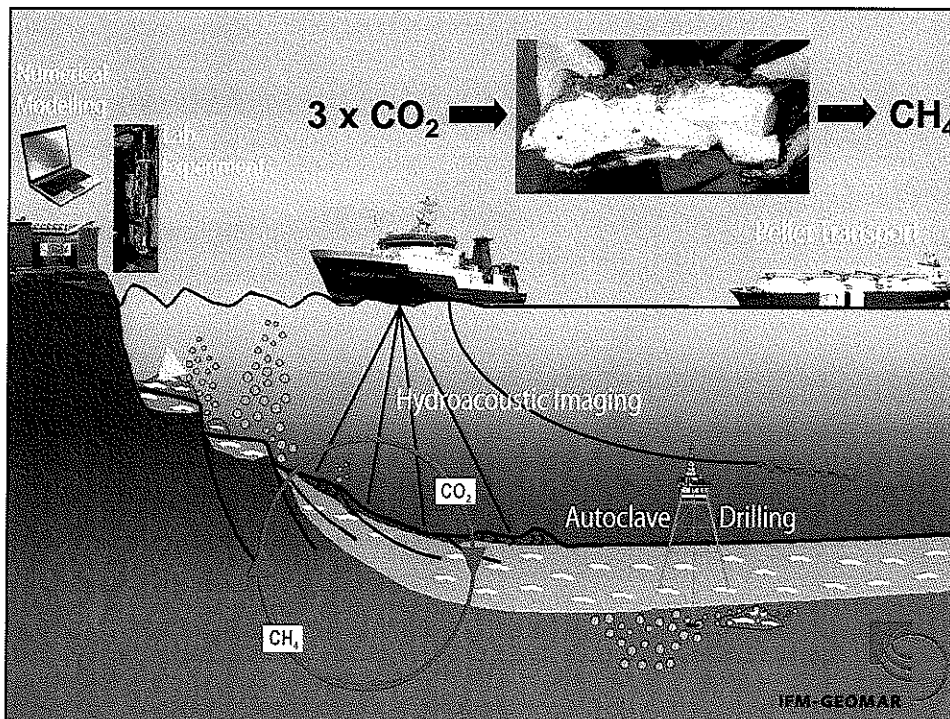


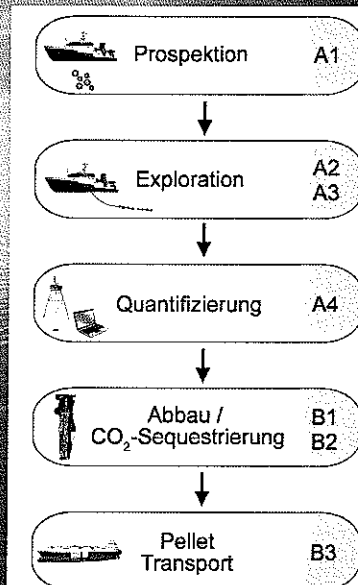
Gas- bzw. Methanhydrate

Entwicklung von Technologien zur sicheren Deponierung von CO_2 bei gleichzeitiger Gewinnung von Methan (CH_4)



Methan + Wasser in gefrorener Form; $1 \text{ cm}^3 \text{ Gashydrat} = 164 \text{ cm}^3 \text{ Methan}$

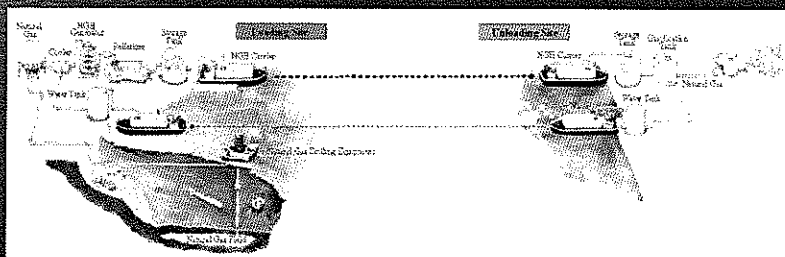
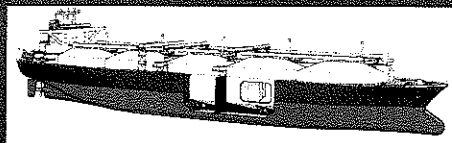




A4: Beckenmodellierung

B3: Gashydrattransport in Pellets

IFM-GEOMAR



**Chancen zur deutschen Marktführerschaft
auf dem Gebiet der CO₂-Deponierungs-
technologie im Off-shore Bereich**

Technologie „Made in Schleswig-Holstein“

**innovative Technologie und Verfahren
zum Klimawandel-Management (CCS)
können internationale Märkte der Zukunft
erschließen und neue Arbeitsplätze schaffen**

Energie-Industrie: 10 Mio. € p.a. für 3 Jahre

BMW + BMBF: 10 Mio. € p.a. für 3 Jahre

Marine Wirkstoffforschung

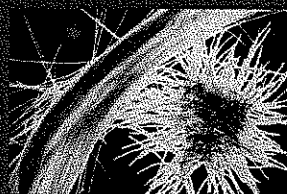


Blaue Biotechnologie

- Medizin aus dem Meer
- Lebensmittlersatzstoffe
- Meereskosmetik

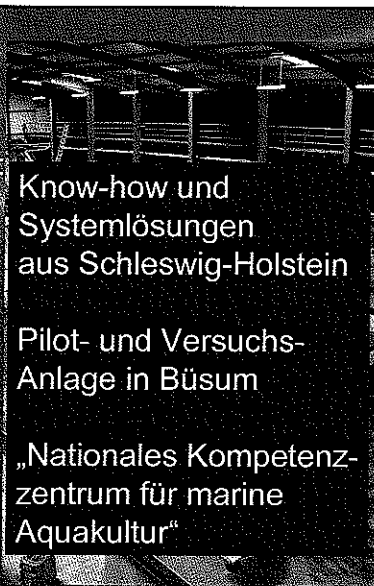
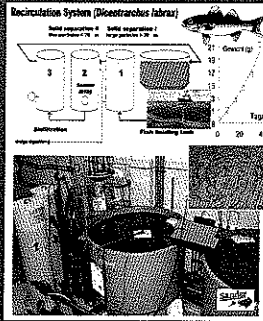
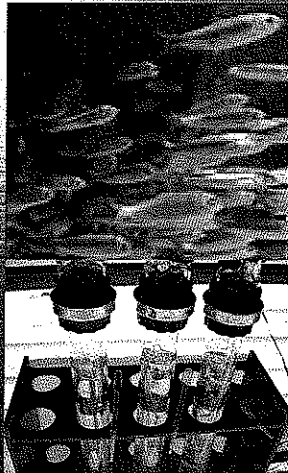


Kieler Zentrum für
Marine Wirkstoffforschung
am IFM-GEOMAR (2005)



Marine Aquakultur

Bioaktive Filterreinigung durch Applikation spezieller Bakterienkulturen, keine chemischen Zusätze



Know-how und Systemlösungen aus Schleswig-Holstein

Pilot- und Versuchsanlage in Büsum

„Nationales Kompetenzzentrum für marine Aquakultur“

Geschlossene Kreislaufanlagen - Seefisch von Land

Research Vessel

Satellite

GPS

Multiparameter Station

MS

Ozean-Monitoring-System

Seeverkehr
Küstenüberwachung
Umweltschutz
Tourismus
Meteorologie
Fischerei
Search & Rescue (SAR)

Exzellenz-Cluster

Deutsche Forschungsgemeinschaft
DFG



The Future Ocean – Scientific, Legal and Economic Perspectives of the Sea

IFM-GEOMAR

Beraterung 36 Mio. € über 5 Jahre



Leibniz-Institut für Meereswissenschaften

+

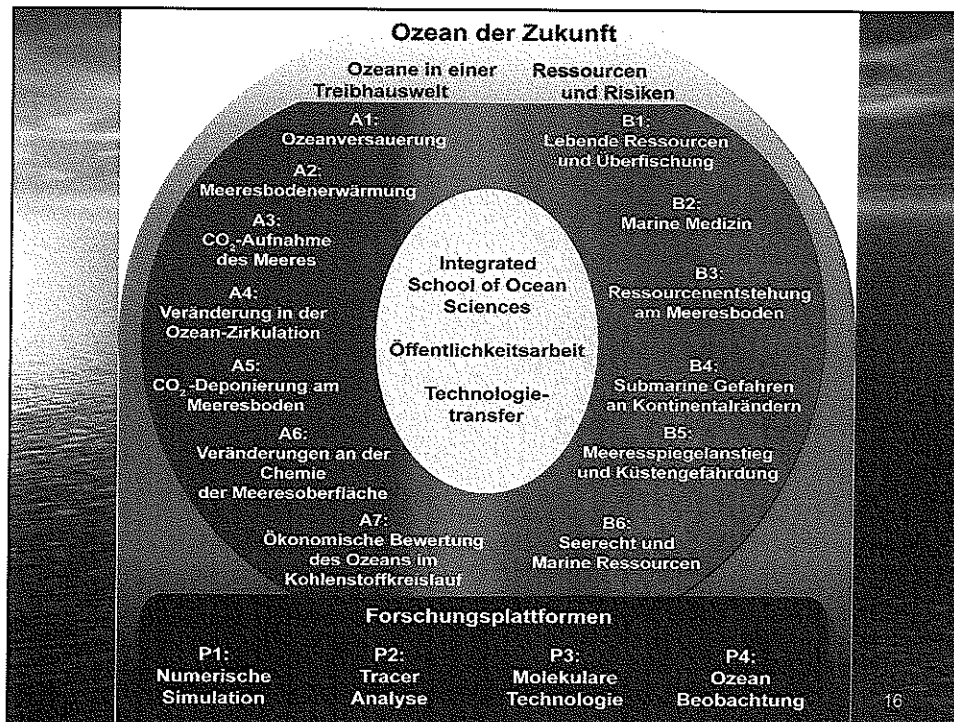
Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät
Rechtswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Medizinische Fakultät
Agrar- und Ernährungswissenschaftl. Fakultät
Technische Fakultät

+

Institut für Weltwirtschaft + 1.400 KUMs

Earth Institute Kiel
„Forschung zu den globalen
Konsequenzen des Klima-
wandels an der Schnittstelle
zwischen Ökologie und Ökonomie“

15



52

Zukunft Meer
sea our future

Grünbuch zur Europäischen Meerespolitik

- Schaffung eines europäischen Koordinationszentrums für die Meeresforschung in Europa
- European Maritime Research Secretariat
- Schleswig-Holstein ist Wunschpartner der Kommission
- European Maritime Data Center mit EU-Förderung
- European Atlas of the Seas



Landesregierung
Schleswig-Holstein

- Grundlagenforschung ist Grundvoraussetzung für Innovation
- Gashydratnutzung (CO_2/CH_4) könnte zur Entwicklung einer völlig neuen Industrie führen
- Blaue Biotechnologie ist eines der zukunftssträchtesten Entwicklungsfelder der maritimen Wirtschaft
- Dialog zw. Grundlagenforschern und Anwendern ist der erste Schritt



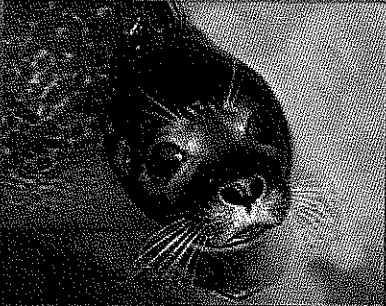
Landesregierung
Schleswig-Holstein

Landesinitiative „Zukunft Meer“

Zukunft Meer
sea our future

Schleswig-Holstein hat zukunftsfähige Strukturen für die Weiterentwicklung der maritimen Sektoren geschaffen
ein partnerschaftlich durch Politik, Wissenschaft und Wirtschaft getragenes positives Innovationsklima setzt bundesweit Maßstäbe
in einem Jahrhundert der Meere kann Schleswig-Holstein seine maritimen Chancen konsequent nutzen

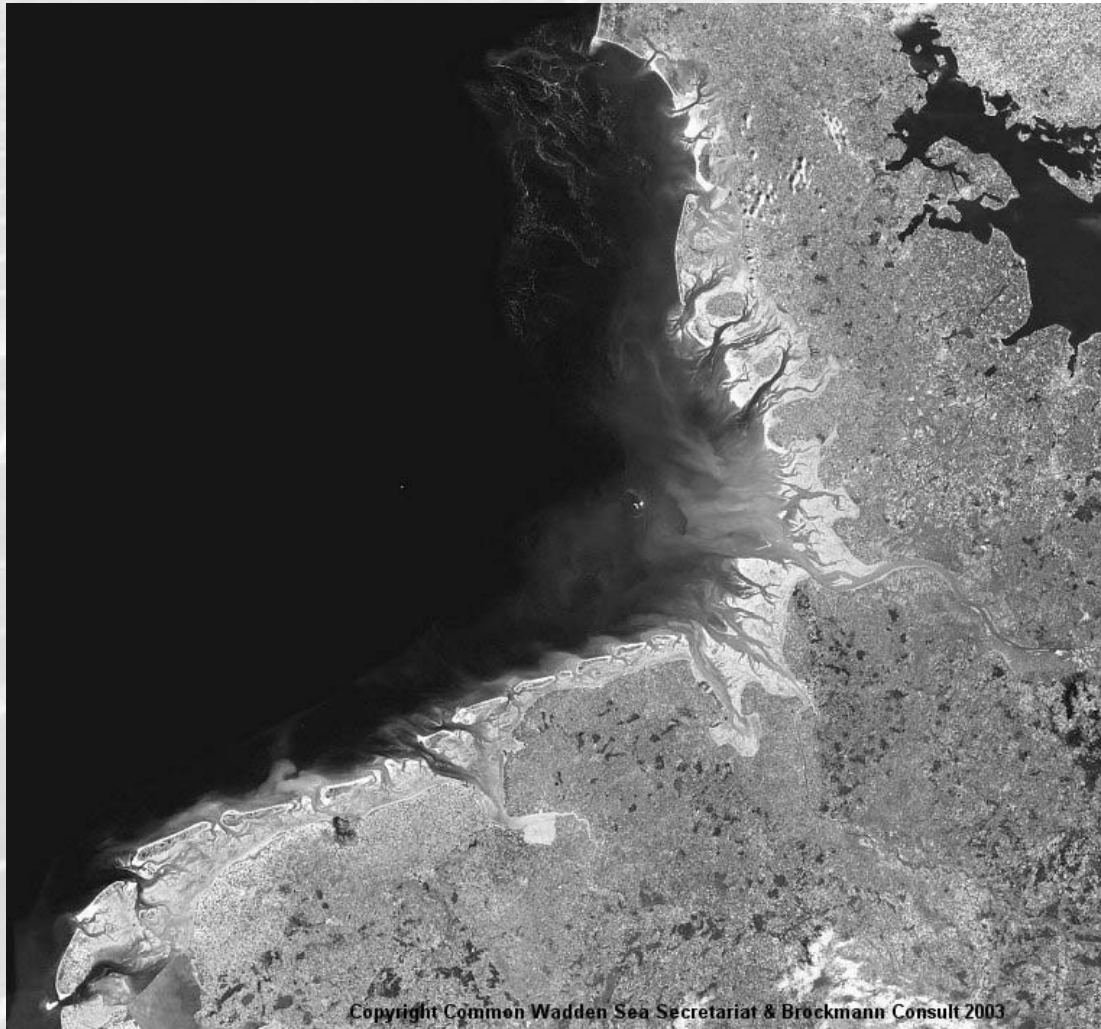
Zukunft Meer ...



... ist Zukunft Schleswig-Holstein



Die trilaterale Zusammenarbeit zum Schutz des Wattenmeeres



Copyright Common Wadden Sea Secretariat & Bröckmann Consult 2003



Trilaterale Zusammenarbeit zum Schutz des Wattenmeeres

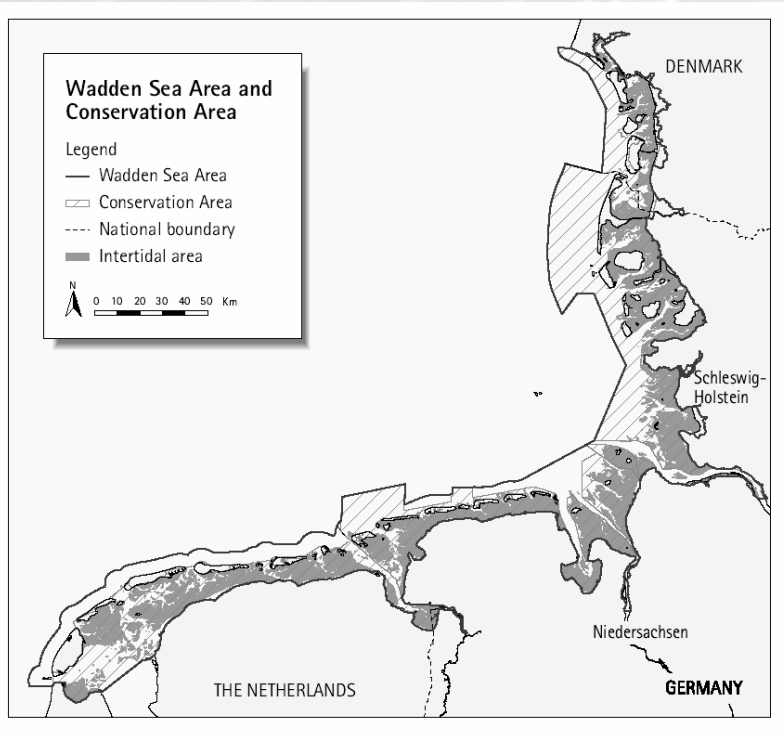
Dr. Bernd Scherer, MLUR

19.09.2007

Trilaterale Zusammenarbeit:

besteht seit 1978

Gemeinsames Leitprinzip ist es: „ soweit wie möglich ein natürliches und sich selbst erhaltendes Ökosystem zu erreichen, in dem natürliche Prozesse ungestört ablaufen können“.

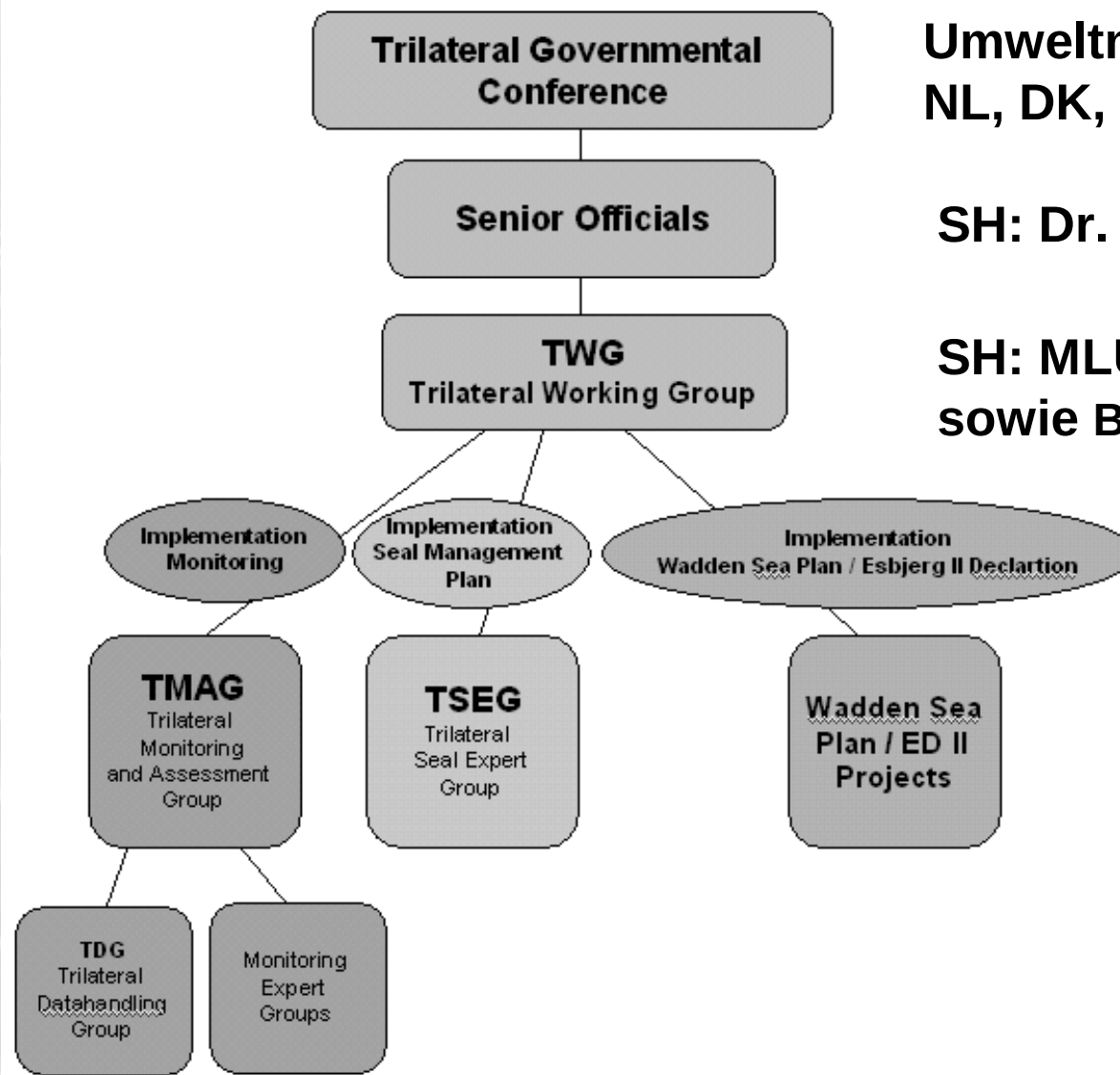


7 Gemeinsame Prinzipien (u. a. sorgfältige Entscheidungsfindung, Vermeidungsprinzip, Vorsorgeprinzip).

Keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Interessen der örtlichen Bevölkerung.

Förderung einer naturschutzverträglichen (nachhaltigen) Nutzung.

Struktur der trilateralen Zusammenarbeit



Umweltminister
NL, DK, D, Nds. HB, HH, S-H

SH: Dr. Bernd Scherer

SH: MLUR, NPA
sowie Beobachter (NGO's)

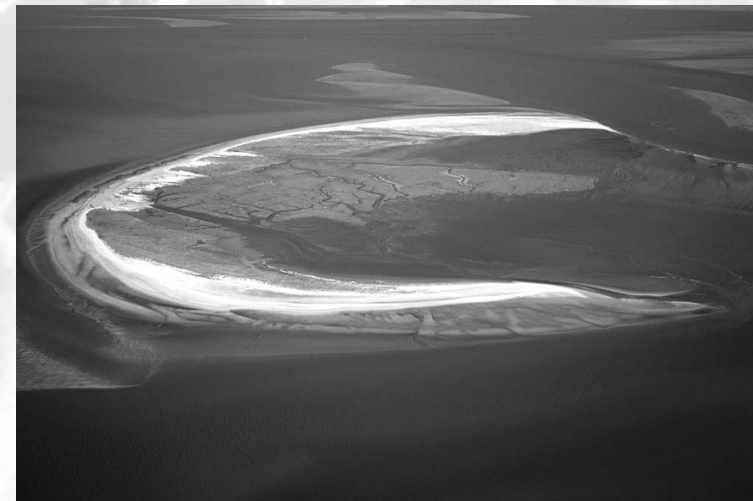


Trilaterale Zusammenarbeit:

- alle 3-4 Jahre Ministerkonferenzen,
Wechsel des Vorsitzes (zur Zeit: Deutschland),
- regelmäßige Qualitätszustandsberichte
Wattenmeer (zuletzt 2004),
- regelmäßige wissenschaftliche Symposien.



Trilaterale Zusammenarbeit zum Schutz des Wattenmeeres



Dr. Bernd Scherer, MLUR

19.09.2007

Trilaterale Zusammenarbeit: „Meilensteine“

- 1978:** Beginn der trilateralen Zusammenarbeit,
- 1982:** Gemeinsame Erklärung zum Schutz des Wattenmeeres,
- 1987:** Gemeinsames Wattenmeersekretariat wird mit Sitz in Wilhelmshaven gegründet,
- 1990:** Seehundabkommen,
- 1991:** Verabschiedung der Gemeinsamen Prinzipien,
- 1994:** Definition des Trilateralen Schutz- und Kooperationsgebietes, Trilaterales Monitoringprogramm (TMAP) startet in der Pilotphase,
- 1997:** Trilateraler Wattenmeerplan. TMAP tritt in seine Hauptphase,



Trilaterale Zusammenarbeit zum Schutz des Wattenmeeres



Dr. Bernd Scherer, MLUR

19.09.2007

Trilaterale Zusammenarbeit: „Meilensteine“

- 2001: Anpassung des trilateralen Schutzgebietes an die Neuzuschneidung der Nationalparke in D,**
- 2002: Ausweisung des Wattenmeerschutzbereiches als PSSA durch die IMO, Einrichtung des Wattenmeerforums,**
- 2007: Externe Evaluierung der Zusammenarbeit,**
- 2007: Vorbereitung der Anmeldung des Schutzgebietes in NL und D als Weltnaturerbe bei der UNESCO.**



Trilaterale Zusammenarbeit zum Schutz des Wattenmeeres



Dr. Bernd Scherer, MLUR

19.09.2007



Das Wattenmeerforum (WSF):

- Eingerichtet in 2002 (Projektförderung INTERREG IIB, 2,1 Mio. €).
- Das trilaterale Wattenmeerforum ist eine Plattform für die verschiedenen Interessengruppen aus der Wattenmeerregion.
- Der wichtigste Grund für die Einrichtung eines solchen Forums war der Wunsch vieler Bewohner der Wattenmeerregion, aktiver in die Aktivitäten der trilateralen Zusammenarbeit zum Schutz des Wattenmeers eingebunden zu werden.



Wattenmeerforum: Die Aufgabe

- Das Wattenmeerforum erarbeitet Vorschläge für Szenarien nachhaltiger Entwicklung sowie Konzepte für ihre Umsetzung.
- Entwicklung der Szenarien u. a. nach folgenden Hauptpunkten:
 1. Bewertung der Nachhaltigkeit derzeitiger Nutzungen (einschließlich traditioneller Nutzungen) im Hinblick auf die heutigen und künftigen Naturschutz- und Naturentwicklungsziele.
 2. Ermittlung der Hauptkonflikte zwischen Nutzungen und dem heutigen Zustand des Ökosystems Wattenmeer.
 3. Bestandsaufnahme der langfristigen Perspektiven wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Entwicklung.



Wattenmeerforum: Die Aufgabe

4. Bestandsaufnahme von Vorschlägen zum Management, die den langfristigen Perspektiven am besten angepasst sind.

Auf der Grundlage der erwähnten Bewertung sollten gemeinsame Auffassungen und, wenn dies nicht möglich sein sollte, alternative (Sub-)Szenarien entwickelt werden.

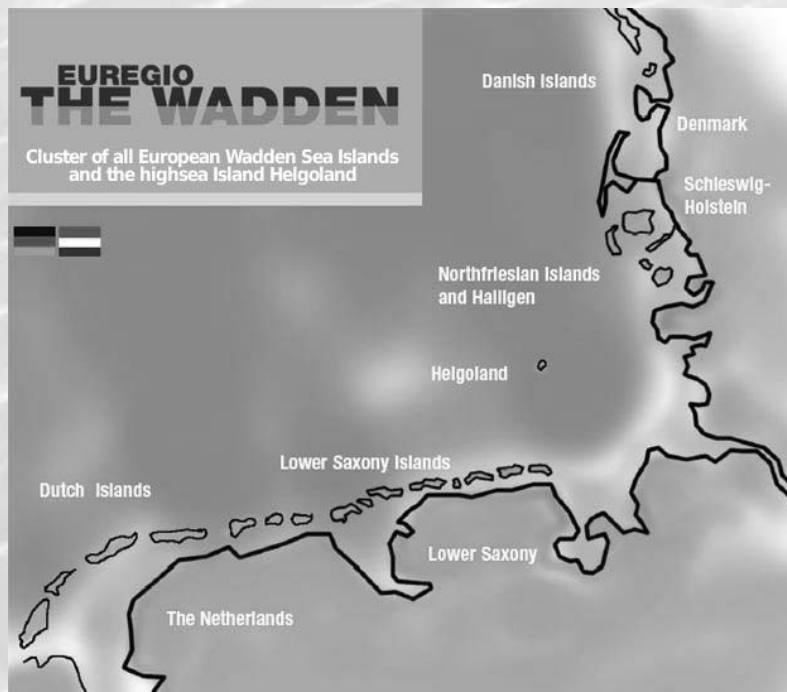
Zu den Szenarien sollten, bezogen auf unterschiedliche Zeiträume, konkrete Schritte für verschiedene Aktivitäten, sowie Managementwerkzeuge, Ansätze, Umsetzungsmöglichkeiten und Prioritäten gehören.

Der Abschlussbericht 2005:



Euregio-Die Watten:

- Zusammenschluss der Wattenmeerinseln und Halligen
- In S.-H. durch die Insel- und Halligkonferenz vertreten
- Konferenzen alle 3-4 Jahre (zuletzt Mai 2007)



Euregio-Die Watten: Resolutionen der Konferenz 2007:

- Sicherheitsstandards für die Schifffahrt
- Offshore Windparks
- Sicherheit auf See
- Auswirkungen des Klimawandels
- Stärkung von Insel- und Küstenschutz
- Notschlepper
- Sichere Erreichbarkeit von Häfen
- Trilaterales Wattenmeerforum



Trilaterale Zusammenarbeit zum Schutz des Wattenmeeres



Dr. Bernd Scherer, MLUR

19.09.2007



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

